

Dr. HILDE BENJAMIN, Minister der Justiz

Inmitten wichtiger Aufgaben

Zum 13. Plenum des ZK der SED und zur 18. Tagung der Volkskammer

Am 3. und 4. Juli tagte das 13. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Seine Dauer war kurz; seine Thematik bedeutsam und inhaltsschwer. Auf seiner Tagesordnung standen:

Die Begründung des Friedensplanes des Deutschen Volkes durch den 1. Sekretär der SED, Genossen Walter Ulbricht;

der Bericht des Politbüros an das Zentralkomitee, der vom Mitglied des Politbüros Genossen Erich Honecker gegeben wurde; und

das Referat des Mitglieds des Politbüros Genossen Albert Norden über die diesjährigen Wahlen zu den Kreistagen, Stadtverordneten-, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen.¹

Dabei muß als tiefer Eindruck dieses Plenums festgehalten werden: Welches Thema auch immer in Referaten und Diskussionsreden behandelt wurde — es war von der Grundfrage unserer Zeit durchzogen: Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten, gegebenenfalls nur mit der Deutschen Demokratischen Republik, und damit auch die Regelung der anomalen Lage Westberlins und seine Umwandlung in eine entmilitarisierte, neutrale Freie Stadt.

In unmittelbarem Zusammenhang mit dem Plenum des ZK stand die 18. Tagung der Volkskammer, die im „Friedensplan des deutschen Volkes“ Weg und Ziel für die Verwirklichung der Forderung „Friedensvertrag“ — von der nationalen Perspektive aus gesehen — zusammenfassend darlegte und in die Bevölkerung der DDR, nach Westdeutschland und in die internationale Öffentlichkeit trug.

Dabei müssen auch die am 28. Juni 1961 vom Staatsrat erlassenen Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe², die von der Volkskammer bestätigt wurden, erwähnt werden. Sie geben eine

wesentliche Grundlage dafür, daß der Volkswirtschaftsplan, das Kampfprogramm der Arbeiter- und Bauern-Macht, „das entscheidende Instrument zur Verwirklichung der auf die Sicherung des Friedens, auf die weitgehende Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung, auf den Sieg des Sozialismus gerichteten Politik unserer Partei ist“.³

Und schließlich wurde durch den Erlaß des Staatsrats vom 6. Juli 1961 der Termin für die Wahlen zu den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen auf den 17. September festgelegt⁴, deren Vorbereitung und Durchführung einen wichtigen Beitrag zur Durchsetzung unseres Friedensplanes und unserer ökonomischen Ziele bilden.

Die Wahlbewegung wird jene breite politische Massenarbeit entfalten, die die übergroße Mehrzahl unserer Bürger nicht nur von der Richtigkeit des Weges der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der DDR überzeugt, sondern auch die heute noch passiven Menschen zur aktiven Mitgestaltung an unserem friedlichen, für jeden einzelnen glücklichen Leben aus ihrer eigenen freien Überzeugung bringt. Die Aufstellung der Kandidaten — „es müssen ... die erfahrensten, durch hervorragende Leistungen in ihrer Arbeit angesehensten und einflußreichsten Vertreter aller Schichten der Bevölkerung als Kandidaten gewonnen werden“⁵ — wird sowohl von der großen Bewegung der Bürger getragen werden als auch eine feste Grundlage für die erfolgreiche Arbeit der Volksvertretungen im Sinne des 13. Plenums und der neuen Arbeitsordnungen geben. Daß dieser, unser Wahltag auf das gleiche Datum fällt wie die Wahl zum Bonner Bundestag, wird im besonderen Maße Anlaß dazu sein, die Auseinandersetzungen mit dem Bonner Staat, seinem Parlament und dessen Tätigkeit zu führen.

¹ vgl. Kommuniqué der 13. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, ND (Ausg. B) vom 5. Juli 1961, S. 1.

² vgl. GBl. 1961 I, Nr. 6 bis 10, S. 51 ff.

³ Aus dem Bericht -des Politbüros an das 13. Plenum, ND (Ausg. B) vom 9. Juli 1961, S. 3.

⁴ Vgl. GBl. 1961 I S. 157.

⁵ Ebert, Mit dem Sozialismus zum Glück des Volkes; aus der Rede auf der 18. Tagung der Volkskammer, ND (Ausg. B) vom 8. Juli 1961, S. 4.